

**Antrag 13/I/2025**

**Jusos**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: Landtagsfraktion (Konsens)**

**Vergütungspflicht für Pflichtpraktika im Studium und schulischer Ausbildung sowie Famulatur**

1 Der SPD-Landesparteitag fordert,  
2 dass die SPD-Brandenburg sich  
3 für die Einführung einer Vergü-  
4 tungspflicht für Pflichtpraktika im  
5 Studium und schulischer Ausbil-  
6 dung sowie für Famulaturen ein-  
7 setzt. Die Höhe der Vergütung  
8 hat sich nach den jeweils aktuel-  
9 len Höchstsätzen des BaföG oder  
10 BAB (Berufs Ausbildungs-Hilfe) zu  
11 richten muss mindestens aber  
12 bei 538,00 EUR im Monat (Mi-  
13 nijob) liegen. Die Vergütung hat  
14 Steuer- und Sozialabgabenfrei zu  
15 sein.

16

**17 Begründung**

18 - Unbezahlte Pflichtprak-  
19 tika sind ein Faktor, der sozia-  
20 le Ungleichheit befördert. Men-  
21 schen, die während ihres Studi-  
22 ums/ihrer Ausbildung über we-  
23 niger finanzielle Mittel verfügen,  
24 sind mitunter dazu gezwungen,  
25 sich nur auf Praktikumsstellen zu  
26 bewerben, die finanziell vergütet  
27 werden, auch entgegen ihrer In-

28 teressen. Das befördert die Bil-  
29 dungschancenungleichheit.

30 - In vielen Studiengängen  
31 und schulischen Ausbildungen  
32 sind Pflichtpraktika ein Teil der  
33 Ausbildung. Da Pflichtpraktika  
34 i.d.R. in Vollzeit absolviert werden  
35 müssen, bleibt den Betroffenen  
36 oftmals nur noch an Wochen-  
37 enden Zeit für Neben-/Minijobs.  
38 Das kann Menschen an ihre ge-  
39 sundheitlichen Grenzen bringen.

40 - Famulaturen sind Pflicht-  
41 praktika, die Medizinstudent\*in-  
42 nen i.d.R. in den Semesterferi-  
43 en im Verlauf ihres Studiums ab-  
44 solvieren müssen. Famulaturen  
45 sind mehrheitlich nicht vergütet.  
46 Auch wenn Famulaturen dazu ge-  
47 nutzt werden sollen, Praxiserfah-  
48 rungen neben dem Studium zu  
49 sammeln, steht in der Praxis häu-  
50 fig die Arbeit im Vordergrund.  
51 Daher ist es nur gerecht, Famu-  
52 laturen entsprechend zu vergü-  
53 ten. Dafür spricht, neben den o.g.  
54 Gründen auch das oft immense  
55 Arbeitspensum, das auf Famu-  
56 lant\*innen zukommt sowie die  
57 allgemein angespannte Situation  
58 im Pflege- und Gesundheitsbe-  
59 reich.